

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 181 (2015)

Heft: 6

Artikel: OSZE-Präsidium Serbiens : neutral zwischen Hammer und Amboss

Autor: Ernst, Andreas

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-513523>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

OSZE-Präsidium Serbiens: Neutral zwischen Hammer und Amboss

Als sich Serbien vor vier Jahren um den Vorsitz der OSZE bewarb, waren die Beziehungen zwischen Russland einerseits sowie der EU und NATO andererseits weitgehend intakt. Die rapide Verschlechterung des Klimas seit der Ukraine-Krise hat die geostrategisch delikate Lage des Balkanlandes offen gelegt und zwingt es heute zum Lavieren zwischen Ost und West.

Andreas Ernst

Geplant war es ganz anders. Als der damalige serbische Präsident Boris Tadic im Herbst 2011 das Interesse Belgrads am Vorsitz der OSZE für das Jahr 2014 anmeldete, hoffte er auf einen Prestigegegewinn. Nach Jahren der Isolation, verfolgt vom Image des Parias, sollte Serbien die Chance bekommen, sich als verlässlicher Partner und Vermittler zu zeigen. Vier Jahre später, als es dann soweit war, hatte sich das internationale Umfeld dramatisch geändert. Die Ukraine-Krise hatte das Verhältnis zwischen Ost und West auf einen Tiefpunkt geführt. Die OSZE, als «blockübergreifendes» Forum, stand vor heiklen Aufgaben. Was Tadic 2011 als Chance erschien, entpuppte sich für seinen Nachfolger als Risiko. «Hätten wir das geahnt, so hätten wir die Finger vom Vorsitz gelassen», erklärte im Sommer 2014 ein Beamter im Belgrader Aussenministerium.

In der Tat wirft der OSZE-Vorsitz Licht auf die komplexe geostrategische Lage Serbiens. Die Pole, zwischen denen sich das Land befindet, sind zunächst Brüssel und Moskau. Seit dem Sturz Milosevics war das strategische Ziel jeder Regierung die Mitgliedschaft in der EU. Trotz ihrer Krisen hat die EU in den Gesellschaften des

Westbalkans weiterhin erhebliche Anziehungskraft: Man erhofft sich davon Wohlstand, Sicherheit und Grenzen, die zwar durchlässig, aber auch stabil sind. Der serbische Ministerpräsident Aleksandar Vucic liess im Gespräch im Februar 2015 keine Zweifel aufkommen: Belgrad werde den Weg in die EU unbeirrt weiter verfolgen. Es gebe dazu keine Alternative, schon gar nicht Moskaus Eurasische Union. Unübersehbar ist Vucics Fokus auf Berlin. Er misst den Beziehungen zu Bundeskanzlerin Angela Merkel grösste Bedeutung bei.

Wirtschaftliche Abhängigkeiten und Kosovo

Die aussenpolitische Orientierung an Brüssel hat ihre Entsprechung in den Handelsströmen: 62% des Austausches wickelten sich 2013 mit den Mitgliedern der EU ab – nur 8,5% mit Russland. Aber Russlands wirtschaftliche Bedeutung hat seit den 1990er Jahren zugenommen, nicht nur in Serbien, sondern auch in Bulgarien, Montenegro und Bosnien. Dies betrifft vor allem den Energiesektor, wo Russland eine dominante Position einnimmt. Hinzu kommen Darlehen für Infrastrukturbauten und ein begrenztes Engagement im Bankenwesen. Häufig steckt hinter den

Investitionen eine Mischung kommerzieller und strategischer Motive.

Der wichtigste Grund für die gestiegene Bedeutung Russlands ist aber ein politischer: Die Kosovopolitik des Westens. Während der jugoslawischen Zerfallskriege hatte das schwache Russland kaum eine Rolle gespielt. Es bewegte sich im Schlepptau des Westens und schloss sich der Sanktionspolitik gegen Serbien an, welches damals noch als Bundesrepublik Jugoslawien auftrat. Diese Haltung war in Russland höchst umstritten. Die NATO-Intervention gegen Serbien 1999, die ohne das Pla-



Der serbische Präsident Tomislav Nikolic (rechts) und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin in Belgrad, April 2015.

Bild: dpa

tau des Westens und schloss sich der Sanktionspolitik gegen Serbien an, welches damals noch als Bundesrepublik Jugoslawien auftrat. Diese Haltung war in Russland höchst umstritten. Die NATO-Intervention gegen Serbien 1999, die ohne das Pla-

OSZE-Präsidium 2014/15 – ein schweizerisch-serbisches Tandem

Als Serbien 2011 sein Interesse am OSZE-Vorsitz ankündigte, regte sich in Washington und Berlin Widerstand. Serbien, so wurde befürchtet, werde den Vorsitz für die Kosovofrage instrumentalisieren. Die Schweiz wurde gebeten, Serbien mit einer Kampfkandidatur zu stoppen. Darauf liess sich Bern nicht ein, sondern einigte sich mit Belgrad auf eine Doppelkandidatur: 2014 sollte Bern, 2015 Belgrad den Vorsitz innehaben. Das Argument, die Einbindung Serbiens fördere die Stabilität auf dem Balkan und ein Konsekutiv-Vorsitz verspreche

Kontinuität, überzeugte schliesslich alle Skeptiker. Die Schweiz bleibt nach ihrem viel gelobten Vorsitz 2014 Serbien während dessen Präsidentschaft 2015 verbunden. Zur Führungstroika gehört auch Deutschland, das den Vorsitz 2016 übernimmt.

Während Bundesrat Didier Burkhalter die Aufwertung der OSZE durch den Ukraine-Konflikt als Chance für eine profilierte Vermittlungspolitik betrachtete, ist sein serbischer Amtskollege Ivica Dacic bescheiden. Wenn Belgrads Aussenpolitik diese

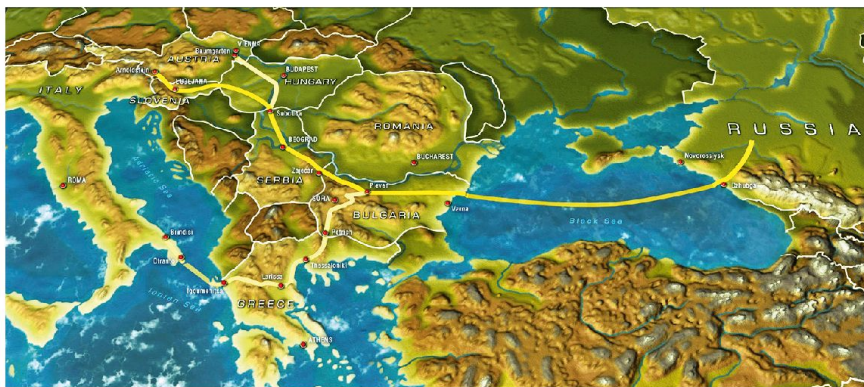
Konfrontation zwischen Ost und West unbeschadet überstehe, sei dies ein Erfolg, heisst es im Aussenministerium. Sowohl die Schweiz als auch Serbien bezeichnen sich als neutral und tragen die Sanktionen gegen Russland nicht mit. Allerdings hat diese Neutralität ganz andere Grundlagen. Im Fall der Schweiz als reichem Nicht-EU-Mitglied entspricht die Neutralität einer privilegierten Stellung. Serbien dagegen kann es sich schlicht nicht leisten, durch eine Parteinahme die Beziehungen zu Brüssel oder Moskau aufs Spiel zu setzen.

cet des UNO-Sicherheitsrates erfolgte, empfand Moskau als tiefe Demütigung. Bis 2003 hatte Russland im Rahmen der KFOR ein Kontingent Truppen in Kosovo stationiert. Dann wurde es abgezogen. Hatte Moskau das Interesse am Balkan verloren?

Militärische Neutralität

Als sich 2005 abzuzeichnen begann, dass der Westen die Abspaltung Kosovos befürwortete, war Moskau alarmiert. Zum einen befürchtete es unerwünschte Konsequenzen im eigenen, sezessionsbedrängten Hinterhof; zum andern sah es sich erneut in der Rolle des Zaungastes. Für Belgrad war Moskau die letzte Hoffnung: Wenn die Unabhängigkeit Kosovos nicht zu verhindern war, so konnte ihr Moskau im Rahmen der UNO wenigstens das Siegel der Rechtmässigkeit verweigern. Die Beziehungen zwischen Belgrad und Moskau erwärmten sich. Putin wurde zunehmend populär in Serbien. Ehrenbürger zahlreicher Ortschaften, hängt sein Konterfei in Bäckereien und Werkstätten. An Prozessionen wird sein Bild gelegentlich neben der Ikone des Heiligen Sava mitgetragen. Die serbisch-orthodoxe Kirche pflegt enge Beziehungen zum Moskauer Patriarchen. Und anders als der germanophile Vucic pflegt der serbische Präsident Tomislav Nikolic eine ostentative Beziehung zu Moskau. Sie wird unterstrichen durch Gesten wie die Errichtung eines Denkmals für den letzte Zaren im Zentrum Belgrads. Auch medial projiziert Moskau seine *«soft power»*. Seit kurzem greifen serbische Medien nicht mehr bloss auf die prowestlichen Inhalte von «Radio Free Europe» oder der «Deutschen Welle» zu, sondern zunehmend auch auf «Russia Today» und «Sputnik».

Ebenfalls auf die Kosovofrage ging 2007 die Erklärung der «militärischen Neutralität» durch das serbische Parlament zurück. Ein Jahr zuvor hatte sich Belgrad der «Partnerschaft für den Frieden» der NATO angeschlossen. Dies, obwohl das westliche Bündnis – zumal seit den Bombardierungen 1999 – höchst unpopulär ist und auch heute nur 9% der Bevölkerung einen Beitritt befürworten. Als die Sezession des Kosovo im Jahre 2007 unter westlicher Regie zur Gewissheit wurde, sandte die Neutralitätserklärung vor allem ein Signal an Moskau: Der Mittelkurs wird beibehalten. Im März dieses Jahres wurde ein individueller Vertrag mit der NATO (Individual Partnership Action



Das abgesagte Projekt «South Stream». Bild: fairway-info.com

Plan) geschlossen. Zum Ausgleich werden regelmässig Übungen von Spezialkräften mit russischen Verbänden abgehalten. Die Kooperation mit der NATO ist im Offizierskorps beliebt, weil sich damit Lernchancen verbinden.

Ende des South-Stream-Pipeline-Projektes

Es war ein schwarzer Tag für das serbisch-russische Verhältnis, als anfangs Dezember 2014 Präsident Putin das Ende des Projekts South-Stream verkündete. Die Gas-Pipeline hätte durch das Schwarze Meer nach Bulgarien und über den Balkan bis nach Österreich gelegt werden sollen. Serbien hatte sich viel davon versprochen: Investitionen, Einnahmen durch Transportgebühren und eine Aufwertung zum regionalen Energie-Hub. Der Entschluss schockierte ihn, sagte Präsident Nikolic. Wie alle andern hatte er aus den Medien davon erfahren. Für die Beziehungen zu Belgrad bedeutet daher die Moskauer Entscheidung einen Rückschlag.

Schlussfolgerungen

Im Vergleich zur wirtschaftlichen und politischen Bedeutung, die Serbien der EU beimisst, sind die Beziehungen zwischen Belgrad und Moskau zweitrangig. Aber sie sind in den letzten zehn Jahren wichtiger geworden. Das Tor russischen Einflusses ist die Kosovofrage. Die gegen serbischen Widerstand vom Westen durchgesetzte Unabhängigkeit Kosovos hat Russland zum wichtigen Verbündeten gemacht. Seine Stimme im Sicherheitsrat verhindert die Mitgliedschaft Kosovos in der UNO. Ebenso bleibt die aus dem Jahre 1999 stammende Resolution 1244 in Kraft, die Kosovo als Teil Serbiens bezeichnet.

Im Energiebereich spielt Russland eine wichtige Rolle. Mit den grossen Unternehmen Lukoil und Gazprom sind Play-

er auf dem Markt, die in der Ölwirtschaft eine führende Rolle, bei der wichtigen Gasversorgung eine eigentliche Monopolstellung innehaben. Das Ende des South-Stream-Projekts hat jedoch diese russischen Trumpfkarten deutlich geschwächt.

Russland ist in Serbien sehr populär. Die Verwandtschaft durch Glaube, Sprache und die Perzeption Russlands als Schutzmacht werden betont. Putins Beliebtheit gründet auf der Vorstellung einer Schicksalsgemeinschaft der Gedemütigten. Was das schwache Serbien nicht kann, macht der starke Putin vor: Er demaskiert einen «heuchlerischen Westen», der das Völkerrecht nach Belieben – aber immer interessegeleitet – auslegt.

Die lebensweltliche Westorientierung der Serben relativiert jedoch den russischen Einfluss. Arbeitsmigration und Diasporen in Westeuropa – auch in der Schweiz – bilden eine starke Verbindung zu westlich geprägten Konsumgesellschaften. Der anhaltende *Brain Drain* aus Serbien fliesst nicht nach Osten, sondern nach Westen.

Russland geht es nicht darum, Serbiens Weg in die EU zu stoppen. Vielmehr liegt es im Interesse Moskaus, über «Freunde» innerhalb der EU indirekten Einfluss auszuüben. Moskau nutzt Lücken und Widersprüche westlicher Politik, die sich durch die stagnierende Integration des Westbalkans aufturn – eine Strategie übrigens, die es mit einer andern historischen Regionalmacht teilt, der Türkei. ■



Andreas Ernst
Dr. phil.
Korrespondent NZZ/
NZZ am Sonntag
RS-11000 Belgrad
ernsta@eunet.rs